

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neuenbürger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenbürg.

Nr. 184

Dienstag den 9. August 1932

90. Jahrgang

Der Reichsminister kündigt allerhöchste Maßnahmen an

Beginn der Umbildungsverhandlungen — Die Politik des Zentrums

W. Berlin, 8. Aug. Der Reichsminister hat sich nach seiner Rückkehr sofort von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums Vorträgen über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte gehalten. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstag vormittag nach Berlin befohlen. Der Reichsminister ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gemacht werden muß. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß nun noch heute oder morgen die Notverordnung gegen politische Anschuldigungen erlassen wird, die das Kabinett grundsätzlich bereits in der vorigen Woche beschlossen hat. Eine neue Kabinettsitzung ist für die Intraffierung der Notverordnung nicht mehr erforderlich, vielmehr handelt es sich im wesentlichen nur darum, daß dem Reichsjustizminister die vom Kabinett beschlossene Ermächtigung zur Einsetzung von Schnellgerichten gegeben wird. Das dürfte der hauptsächlichste Inhalt der neuen Notverordnung sein.

Für den Dienstag oder für spätestens Mittwoch erwartet man in politischen Kreisen den Beginn der Besprechungen über die Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet und zwar vor allem durch eine Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet und zwar vor allem durch eine Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet und zwar vor allem durch eine Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben.

Zentrum einnehmen wird. Vorläufig ist die Haltung der Zentrumspartei weiter abwartend. Das einzige, was nach außen sichtbar geschehen ist, ist die Aufstellung der Kölner Richtlinien. Die maßgebenden Männer des Zentrums sind noch nicht in Berlin. Der Parteiführer, Brüder Kaas, weilt in Norditalien und Dr. Brüning ist ebenfalls auf Urlaub. In einem Berliner Montagblatt wird angekündigt, daß Brüder Kaas noch in diesem Monat von der Parteileitung zurücktreten und daß dann der Parteivorsitz Dr. Brüning zum Parteiführer wählen werde. Wichtig ist daran, daß Brüder Kaas in der Tat leidend ist und daß man in unterrichteten Kreisen deshalb schon seit einiger Zeit mit der Übernahme seines Amtes durch Dr. Brüning rechnet. Diesen Wechsel kann aber nicht der Parteivorstand vorsehen, sondern nur der Parteitag selbst. Der letzte Parteitag des Zentrums hat vor zwei Jahren stattgefunden. Bislang ist über seine nächste Einberufung auch in sonst gut unterrichteten Zentrumskreisen noch nichts bekannt. Im allgemeinen hat man den Eindruck, daß das Zentrum zunächst die kommenden Verhandlungen über die Regierungsumbildung abwarten und sich dann entscheiden wird, ob es im Reichstag eine Politik der Tolerierung von Fall zu Fall durchführt.

Die Nationalsozialisten fordern Regierungsführung

Berlin, 8. Aug. (Fig. Meld.) Der „Angriff“ schreibt zu den Presseerörterungen über die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die gegenwärtige Reichsregierung: Wir Nationalsozialisten lehnen es grundsätzlich ab, in eine Regierung hineingezogen zu werden, sondern wir verlangen, daß ihr Kurs ausdrücklich von uns bestimmt wird. Wir lehnen ein farbloses Kabinett der „Nachwächser“ ab. Weigert man sich, uns die Regierungsführung zuzuerkennen, so gibt es für uns nur eine Antwort, nämlich den Kampf. Es kann kein Zweifel darüber sein, wer diesen Kampf in kurzer Zeit gewinnen wird. Im Interesse Deutschlands aber wäre es zu wünschen, wenn dieser Kampf vermieden werden könnte, und wir haben begründete Hoffnung, daß diese Einsicht auch auf der Gegenseite vorhanden ist.

Beamtene und Parteipolitik

Ein Erlass des Reichskommissars Dr. Bracht

W. Berlin, 8. Aug. Ueber die parteipolitische Betätigung der Beamten hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, an die Behörden einen Erlass gerichtet, in dem es zusammenfassend heißt: Zwar will ich gewissen mir mitgeteilten Einzelfällen über die Art parteipolitischer Betätigung von Beamten anlässlich der letzten Reichstagswahl nicht weiter nachgehen. Ich muß jedoch angesichts der Lage des Vaterlandes und der bestehenden parteipolitischen Bitterkeit mit allem Nachdruck und Ernst an das Bewusstsein der Behörden rufen, bei künftiger Teilnahme an parteipolitischen Auseinandersetzungen diejenige besondere Rüksicht und Zurückhaltung zu üben, die sich für sie aus ihrer Eigenschaft als Diener am Volksganzen und bedenkliche Organe der Staatsgewalt ergibt.

Von zuständiger Seite wird betont, daß kein unzulässiger Zusammenhang zwischen dem Erlass und den kürzlich gemeldeten Vorfällen bei einem Kameradschaftabend der Nationalsozialisten bestehe, an dem Schutzpolizeioffiziere und Beamte in Uniform teilgenommen hatten. Die Beteiligung von Polizeibeamten in Uniform an parteipolitischen Veranstaltungen ist seit langem verboten. Es wird daher Sache des Kommandeurs der Schutzpolizei sein, die an dem erwähnten Fall beteiligten Beamten auf dieses Verbot hinzuweisen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, daß es beachtet wird.

Der Präsident des braunschweigischen Landtags zu den Sprengstoffanschlägen

Braunschweig, 8. Aug. (Fig. Meld.) Der Präsident des braunschweigischen Landtages, Reichstagsabgeordneter Förner, erklärte einem Redaktionsmitglied der „Braunschweigischen Landeszeitung“ gegenüber, die Urheber der Sprengstoffanschläge in der Langestraße hätten sich durch ihre Tat selbst aus der Partei ausgeschlossen. Im übrigen sei noch nicht festgestellt, woher diese auswärtigen Nationalsozialisten gekommen seien und unter welchen Umständen sie Mitglieder der Partei wurden. Je mehr die Bewegung wachse, umso mehr müsse man sich vor ungeeigneten Elementen und Schweln schützen. Ganz besonders unzulässig seien solche Streiche im Lande Braunschweig, bei denen Ruhe und Sicherheit ein nationalsozialistischer Minister verantwortliche sei. Der Nationalsozialismus erlaube kein Verstoß gegen legale Wege. Erst wenn verstanden werden sollte, die Bewegung mit illegalen Mitteln an der Machtübernahme zu verhindern, würde im gleichen Augenblick auch die Partei volle Handlungsfreiheit erhalten.

Straßenterror auf SPD-Befehl?

München, 8. Aug. Die Nationalsozialistische Partei-Korr. veröffentlicht unter der Überschrift „Straßenterror auf SPD-Befehl“ angebliche Einzelheiten über eine am 2. August in Berlin abgehaltene Sitzung der Zentralkommission des Roten Front-

„Versailles die Ursache der deutschen Krise“

Schleicher verlangt Gleichberechtigung für Deutschland — Das Ziel mit der Abrüstung — Deutschlands beschränkte Wehrmacht

Neuhof, 8. Aug. Die „Neuhof Times“ veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die der Chef des Nachrichtenbüros, H. J. Birrell, in Berlin mit dem Reichswehrminister v. Schleicher hatte. Der Reichswehrminister versicherte zunächst erneut, daß er jede Militärdiktatur ablehne. Die Reichswehr sei das einzige unpolitische Machtmittel, das der Reichspräsident — die einzige Instanz in Deutschland, die sich auf eine klare Mehrheit des Volkes berufen kann — einsetzen vermag. Die Reichstagswahlen haben gezeigt, wie schwer Deutschland heute zu regieren ist. Die radikalen Parteien haben den größten Erfolg gehabt, nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch auf der anderen Seite die Kommunisten. Man müsse trotzdem bewundern, wie das deutsche Volk seine ungeheure Not noch so ruhig und diszipliniert trägt. Dagegen dürfe man sich nicht darüber wundern, daß in Deutschland Parteiorganisationen entstanden sind, die sich gegenseitig gewalttätig bekämpfen. Das sei nur dadurch möglich geworden, daß die

Autokratie des Staates durch den Versailler Vertrag untergraben

worden ist. Wir werden erst dann in Deutschland wieder vollständig stabile Verhältnisse haben und wir werden erst dann die Parteien und ihre Organisationen wieder vollständig dem Staat unterwerfen können, wenn die deutsche Regierung ihrem Volk beweisen kann, daß sie die gleichen Rechte besitzt, wie jeder andere Staat der Welt. Es gibt deshalb keine wichtigere Frage für die deutsche Politik nach innen und nach außen, als die der Gleichberechtigung. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Frage in der nächsten Zeit zu lösen. Damit leitete Reichswehrminister von Schleicher über zu Erklärungen über seine

Stellungnahme zur auswärtigen Politik Deutschlands

Für ihn bestehe die Abrüstungsfrage im Mittelpunkt der Außenpolitik. Das deutsche Volk hat 13 Jahre lang darauf gewartet, daß ihm sein Recht zurückgegeben werde; es kann nicht länger warten. Es wird keine Vertreter nicht wieder nach Genf schicken, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne gelöst wird.

In dieser Frage gibt es bei uns keinen Unterschied der Parteien. Keine deutsche Regierung wird eine Abrüstungsvereinbarung unterzeichnen können, die Deutschland nicht in allen Dingen dieselben Rechte gibt, wie allen anderen Staaten. Wenn man heute U-Boote, Bombenflugzeuge, schwere Geschütze und Tanks als Verteidigungsmittel bezeichnet, mit welchem Recht will man sie dann Deutschland vorenthalten? Wenn Polen seine Landesgrenzen besetzen kann, mit welcher Begründung will man Deutschland diesen Schutz verbieten? Daß Deutschland als einzige Großmacht nicht in der Lage ist, für seine nationale Sicherheit zu sorgen, ist ein unmoralischer und entwürdigender Zustand, den wir nicht länger dulden können.

Entweder müssen die Entlastungsbestimmungen des Versailler Vertrages auf alle Mächte angewendet werden oder man muß Deutschland das Recht zubilligen, sein Wehrsystem so umzubauen, daß es seine nationale Sicherheit gewährleistet.

Wir wollen kein Betrüben; wir denken weder daran, ein freies und reiches Leben von 600.000 Mann anzuführen, wie es Frankreich heute unterhält, noch den großen Seemächten Konkurrenz machen. Wir unterstützen jede Abrüstungsmaßnahme, aber wir verlangen auch für uns Sicherheit, Gleichberechtigung und Freiheit.

Im letzten Jahr hat Frankreich für seine Wehrmacht die Rüstungssumme von 13,8 Milliarden Franken, d. h. 2,3 Milliarden Reichsmark, ausgegeben und in dieser Summe sind die Sonderkredite von mehreren Milliarden Franken für das französische Besatzungsgebiet nicht eingerechnet.

Die Wehrbudgets von Frankreich und Deutschland verhalten sich wie 4:1. Polen opfert jährlich 500 Millionen RM, die Tschechoslowakei 200 Millionen RM, und Belgien 100 Millionen RM für ihre nationale Sicherheit. Diese vier durch Militärbündnisse verbundenen Nachbarstaaten Deutschlands geben für Rüstungszwecke also jährlich nahezu 4 Milliarden Reichsmark, fast das Sechsfache des deutschen Wehrbudgets, aus. Wer braucht da Sicherheit?

Handgranaten-Anschläge

W. Ruppel, 8. Aug. In die Wohnung des Kreisvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Reichsbannerführers Kaufmann in Heiderödter wurde Montag früh gegen 4 Uhr eine Handgranate geworfen. In die Hinterwand des Hauses wurde ein starkes Loch gerissen und zahlreiche Fenster Scheiben zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

In das Schlafzimmer des sozialdemokratischen Funktionärs Ost in Groß-Emmighaus wurde ebenfalls eine Handgranate geworfen, durch die das gesamte Schlafzimmer demoliert wurde. Auch hier wurden Menschen nicht verletzt.

In Gollschau wurde dem Lehrer und Amtsvorsteher Gaisla gleichfalls eine Handgranate in die Wohnung geworfen. Auch hier wurde nur Sachschaden angerichtet.

In allen drei Fällen konnten die Täter bisher noch nicht ermittelt werden. Der Regierungspräsident in Priesland hat 1000 Mark Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Fransösischer Raubbau im Saargebiet

Das Saargebiet ist in den internationalen Verhandlungen zur Lösung der Nachkriegsprobleme immer wie ein Stiefkind behandelt worden...

Man hat auf Branda's Rat nicht gehört, aber inzwischen hat Frankreich eingesehen, daß es von der Volksabstimmung nichts zu erwarten hat...

Die französische Grundverwaltung handelt nun nicht etwa wie ein Treuhänder, sondern sie ist bestrebt, die Rentabilität der Saargruben so viel wie möglich herabzumindern...

Riesenbetrug bei Deterding?

Prozess um 125 Millionen Gulden

Ja, ja, John D. Rockefeller jr. hat es leicht. Er repräsentiert bereits die zweite Rockefeller-Generation. Er darf sich also den Luxus der Anhänglichkeit erlauben...

Schon zu Zeiten Bülow's sprach man ganz offen von einem ansehnlichen Betrugsystem, das in Niederländisch-Indien von Deterding-Konzernen betrieben wurde...

Deute tritt nun der Deutsche Wilhelm Weinhold als Kläger auf. Er macht Schadensersatzansprüche in Höhe von 125 Millionen Gulden geltend...

Die allgemein angenommen wird, handelt es sich in unserem Falle nur um einen Teilausschnitt von den großangelegten Betrugsereien der Deterding'schen Konzerne...

Revolutionär, Staatsmann, Abenteurer

Als im Morgengrauen des 4. August 1922 Enver Pascha, vormals Kriegsminister der Türkei und jetzt ungetrübter König von Bucharan aus dem Zeltlager der Dose sich erhob...

Mit Enver Pascha starb einer der wenigen aufrichtigen Freunde, die Deutschland im Weltkrieg besaß. Als das Glück sich wandte, als es einlam um Deutschland zu werden begann...

Envers Herkunft ist dunkel. Seine Freunde sagten ihm nach, er sei der Sohn einer Leidensmählerin aus dem Glendebirgeln von Jambul gewesen...

Im Jahre 1901 begann der strahlende Aufstieg des neuen Sternes am politischen Dimmel der Türkei. Als führender Kopf des jugtürkischen Komitees für Einheit und Fortschritt machte Enver der korrupten Daramswirtschaft...

Den Zusammenbruch der Mittelmächte erlebte Enver nicht in der Türkei, sondern fieberkrank in Berlin. Mit dem verheerenden Schmerz des ungestillten Ehrgeizes mußte er erleben, daß sein Rivale Kemal den Sultan davon jagte...

Raum war Enver gegeben, so spürte ihn der Laten- und Abenteuerdrang zu neuen Werken an. Im Sommer 1919 verbandelte er mit deutschen Freikorpsführern, die er zu einem blühenden Angriff auf Polen bewegen wollte...

Das Amazonenkorps am Gran Chaco

In Bolivien und Paraguay formieren sich die Frauen zu Bataillonen. Sie wollen an die Front und gegen Männer kämpfen, nicht um sie zu fangen, sondern um sie zu töten...

In Bolivien drängen sich die halbwüchsigen Schulkinder zu den Rekrutierungsstellen. Die Schulfürer in Bolivien werden vielleicht schwören, nicht eher wieder die Bibel in die Hand zu nehmen...

Standarten im Nebel

Noman von Herbert B. Federdorst. Copyright by: Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

25. Fortsetzung

Eva sieht mit klopfendem Herzen dabei. Zuerst war er ihr nicht mehr als irgendein anderer Kranter oder Verwundeter, aber als sie zwei, drei seiner Ausdrücke gehört hat...

Le grand lächel schwach: Bis zum nächsten Mal oder bis zur nächsten Attade — aber ich danke Ihnen, Ihnen und der Dame hier.

Am Abend hat Eva eine Vorstellung, die sie erschrockt. So oft sie sich bemüht, das Bild Friedrichs vor ihr inneres Auge zu bringen, steht sie Le grand, bleich und blond...

Der Bretonne überwindet mit seiner jähren Natur den Anfall schneller, als der Arzt geglaubt hat — er ist immer noch schwach, matt zum Umfallen; aber er steht schon am nächsten Tage auf, geht umher, fñt Kundenlang Eva gegenüber...

Haben Sie Rousseau gelesen, Demoiselle? Kennen Sie Voltaire? Zwei Gegner, zwei grobe Geister, zwei Menschen mit vielen Fehlern und wunderbaren Kenntnissen.

Eva schüttelt zaghaft den Kopf: Ich habe von beiden gehört — meine Mutter hat mir von ihnen erzählt.

Beide führten einen Kampf, den ewigen, gewaltigen Kampf gegen das Existenz, der nur durch ein neues System gewonnen werden kann — Demoiselle von Raben, die menschliche Gesellschaft ringt unablässig danach, alte Fesseln zu sprengen...

Als die grobe Revolution ausbrach — die Zeit war wohl reif dazu, das können wir Späteren immer nur an den Ergebnissen erkennen — ist das Volk entschlossen, und es war wie ein neues Evangelium, wie eine neue Religion...

Und wozu führte es? —

Er hat sich erregt, seine bleichen Jüge sind energisch gestrafft und sein, die blauen Augen flammen hart in dem schmalen Gesicht.

Eva sieht ihn an, er sieht über sie hinweg ins Weite; erwartet er eine Neuerung von ihr?

Eso führte zu Kriegen, Herr Kapitän.

Nawohl, es führte zu Verderben. Aber kennen Sie den Weg? Wollen Sie hören, wie die Mächtigen der Welt rings um Frankreich aufzuehren, als dort der Schrei nach Gerechtigkeit aufdrüllte...

Wollen Sie hören, wie man sich rüstete, um die Klammere der Freiheit auszutreten, wie man Heere schickte, die Frankreich verwärtsen sollten...

Sie schütteln den Kopf — oh nein, daran denkt man nicht, wenn man die Revolution verdammt, die ihre eigenen Führer auffraß, auf die Guillotine schickte...

Rein, nein, nein! Nennen Sie Napoleon nicht Frankreich! Nennen Sie den Korien, der keinen Namen Frankreich hat, nicht Frankreich!

Und heute sind wir erst im zweiten Akt — nicht vor der Pause — nicht vor der großen Pause, hinter der die neuen Uebertreibungen kommen werden!

Er hat sich erregt, seine bleichen Jüge sind energisch gestrafft und sein, die blauen Augen flammen hart in dem schmalen Gesicht.

Eva sieht ihn an, er sieht über sie hinweg ins Weite; erwartet er eine Neuerung von ihr?

Es führte zu Kriegen, Herr Kapitän.

Nawohl, es führte zu Verderben. Aber kennen Sie den Weg? Wollen Sie hören, wie die Mächtigen der Welt rings um Frankreich aufzuehren...



Kreisarchiv Calw

